



ver di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel, MdB
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Vorsitzender

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Frank Bsirske
Vorsitzender

Telefon: 030-6956-0
Durchwahl: 030-6956-2100
Telefax: 030-6956-3551

www.verdi.de

Datum

2. Mai 2017

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

bsi-wn

Befristete Beschäftigung in Ihrem Geschäftsbereich

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

nach einem Jahrzehnt des Personalabbaus in der Bundesverwaltung beobachten wir mit Interesse, dass der Bund in den vergangenen Jahren begonnen hat, wieder vermehrt Personal einzustellen. Mit Besorgnis erfüllt uns die Feststellung, dass das „Jobwunder“ in der Bundesverwaltung zu einem erheblichen Teil darauf beruht, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befristet eingestellt werden. Besonders bedenklich ist, dass die Zahl der sachgrundlosen Befristungen massiv gestiegen ist. Auffällig ist darüber hinaus, dass die nachgeordneten Behörden weitaus mehr betroffen sind, als die Ebene der Ministerialverwaltung.

In Ihrem Geschäftsbereich ist der Anteil befristet Beschäftigter seit 2007 um mehr als 273 Prozent gestiegen. Mehr als 16 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet.

Wir halten eine solche Entwicklung mit Blick auf die Situation der Betroffenen für hochgradig problematisch und personalpolitisch für verhängnisvoll. Schon jetzt ist an vielen Stellen des öffentlichen Diensts die Konkurrenz um Fachkräfte mit der Privatwirtschaft spürbar. Ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist 55 Jahre und älter. Jede bzw. jeder Vierte wird daher bis 2025 in den Ruhestand gehen. Ohne attraktive Arbeitsplätze, die neu Eingestellten auch eine sichere Perspektive bieten, wird es immer schwieriger, junge Leute für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Außerdem sollte gerade der öffentliche Dienst bei der Bekämpfung prekärer Beschäftigung eine Vorbildrolle einnehmen. Sollte der Bund die gegenwärtige Einstellungspolitik fortsetzen, droht er sich personalpolitisch ins Aus zu setzen:

- Der Bedarf des Bundes an gut qualifizierten Fachkräften ist offenkundig und wird von der Politik, zuletzt auf dem Demografiegipfel der Bundesregierung selbst betont – mit befristeter Beschäftigung schafft der Bund aber keine verlässlichen Perspektiven für Fachkräfte.
- Der Trend zu Befristungen hat sich auf dem Arbeitsmarkt insgesamt nicht fortgesetzt und ist seit 2011 rückläufig – der Bund verliert als Arbeitgeber deutlich weiter an Attraktivität gegenüber der Privatwirtschaft.
- Die Länder ziehen andere Konsequenzen als der Bund. So hat sich die Freie und Hansestadt Hamburg aktuell zum Grundsatz unbefristeter Beschäftigung bekannt und Vorgaben für eine restriktive Befristungspolitik erstellt mit der Leitlinie, dass sachgrundlose Befristungen nicht abgeschlossen werden sollen – der Bund droht somit auch gegenüber den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst an Boden zu verlieren.

ver.di fordert Sie auf, die unverantwortliche Befristungspolitik in den Bundesbehörden zu beenden und in einen nachhaltigen Personalaufbau umzusteuern, der die Bundesverwaltung in die Lage versetzt, ihre Aufgaben dauerhaft und unter wechselnden politischen, gesellschaftlichen und technischen Voraussetzungen und Anforderungen zuverlässig erfüllen zu können.

Ein Gesprächsangebot Ihrerseits über weitere Möglichkeiten die Attraktivität der Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu steigern würden wir begrüßen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Frank Bsirske
Vorsitzender



Wolfgang Pieper
Mitglied des Bundesvorstandes,
Bundesfachbereichsleiter Bund und Länder



Anlage